

Jochen Glöckner

# Kartellrecht – Recht gegen Wettbewerbs- beschränkungen

**SR**

3., überarbeitete Auflage

**Kohlhammer**

**Kohlhammer**

Studienreihe Rechtswissenschaften

herausgegeben von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Heinrich Wilms (†)

fortgeführt von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Stefan Koriath

# **Kartellrecht – Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen**

von

**Professor Dr. Jochen Glöckner LL. M. (USA)**  
Universität Konstanz

3., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

3. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-040882-1

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-040883-8

epub: ISBN 978-3-17-040884-5

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

## Vorwort

Das Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen – in der deutschen Sprache *pars pro toto* verkürzt meist als „Kartellrecht“ bezeichnet – erschließt sich dem Anwender nicht leicht. Ihm fehlt der Schliff einer ausziselierten gesetzlichen Normierung, wie sie etwa das Recht der Kapitalgesellschaften auszeichnet. Auch stehen keine Abwägungsentscheidungen im Kontext hochkomplexer dogmatischer Strukturen, wie etwa im Leistungsstörungenrecht, zur Debatte. Es gibt – je nach Zählweise – nur drei oder vier Kerntatbestände des Kartellrechts, wobei jeder Tatbestand mit nicht mehr als vier wesentlichen Merkmalen auskommt.

Die strukturellen Schwierigkeiten resultieren aus anderen Umständen: Sie beginnen – und enden zugleich – damit, dass mit dem Instrument des Kartellrechts auch und gerade für die wettbewerbsgetragene Marktwirtschaft unverzichtbare und grundrechtlich verbürgte Freiheiten eingeschränkt werden: die Berufs- bzw. allgemeine Handlungsfreiheit sowie das Eigentumsrecht. Zu allem Überfluss besteht über das Konzept des Allgemeinwohls, das mithilfe des Kartellrechts verwirklicht werden soll und den Eingriff in die Freiheitsrechte trägt, keineswegs Einigkeit. Es verwundert daher nicht, dass auch die Ergebnisse der Abwägungsentscheidungen überaus umstritten sind.

Was dem Juristen im Kartellrecht an vertrautem Material zur Entscheidungsbeurteilung genommen wird, nämlich durchdachte Systematik, klarer Telos und über lange Zeiträume ausgereifte Dogmatik, wird ihm stattdessen in Form ökonomischer „*theories of harm*“ zurückgegeben, deren Entwicklung und Anwendung er im regulären rechtswissenschaftlichen Studium nur selten strukturiert gelernt hat. Selbst Ökonomen bereitet vor allem die Quantifizierung der *harms* nach den ihrer Disziplin eigenen Modellen erhebliche Schwierigkeiten.

Die nachfolgende Darstellung folgt diesen Problemschwerpunkten. Sie ist zunächst um Systematisierung der dem Kartellrecht eigenen Teleologie bemüht. Zu diesem Zweck soll eingangs vergleichsweise ausführlich auf die möglichen und in der Vergangenheit bis heute mit dem Kartellrecht verfolgten gesetzgeberischen Zwecke, namentlich wohlfahrtsökonomischer Art, und die dazu eingesetzten methodischen Instrumente eingegangen werden. Ein gesonderter Abschnitt gilt der Anwendung des Kartellrechts bei grenzüberschreitenden Verstößen.

In engem Zusammenhang mit den verfolgten Zwecken stehen die zum Einsatz gebrachten Durchsetzungsinstrumente. Nachdem zunächst vor allem der dramatische Anstieg der Höhe der verhängten Geldbußen die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit erregt hatte, war die private Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen in den Vordergrund getreten. In den letzten Jahren ist es zu einem Comeback der behördlichen Durchsetzung vor dem Hintergrund der Versuche gekommen, die großen Internetunternehmen mithilfe des Kartellrechts gesellschaftlich zu bändigen. Spätestens die von der Europäischen Kommission im Jahr 2017 gegen Google verhängte Rekordgeldbuße von über € 2,4 Mrd. ließ das Kar-

## Vorwort

tellrecht als scharfe Allzweckwaffe des Staates im Umgang mit scheinbar übermächtigen Konzernen erscheinen.

Die Ausführungen zu den materiellen Verhaltensnormen konzentrieren sich im Wesentlichen auf das EU-Kartellrecht. Das deutsche Kartellrecht wird dort berücksichtigt, wo es noch eigenständige Regelungen treffen darf und diesen Freiraum nutzt. Das betrifft in erster Linie die einseitigen Verhaltensweisen sowie die Zusammenschlusskontrolle.

Wegen der thematischen Verbundenheit werden die Anwendung des Kartellrechts im immaterialgüterrechtlichen Kontext sowie die Bedeutung der Wettbewerbsregeln für staatliches Handeln in selbstständigen Abschnitten erörtert. Ein völlig neuer Abschnitt gilt in der 3. Auflage der Anwendung des Kartellrechts auf Internet- und Plattformökonomien.

Der letzte Abschnitt ist schließlich dem Kartellvergaberecht gewidmet. Damit wird zunächst dem Umstand Rechnung getragen, dass der deutsche Gesetzgeber es für sinnvoll gehalten hat, die gesetzlichen Grundlagen des Vergaberechts im GWB zu schaffen. Die Gründe, welche ihn im Jahr 1998 zu diesen Regelungen veranlasst haben, rechtfertigen immerhin die Aufnahme in ein Lehrbuch zum Kartellrecht. Nicht zuletzt fehlt es bislang an einer Aufbereitung des Kartellvergaberechts in einer für Studierende geeigneten Form.

Für die 3. Auflage wurden der Vorschlag der Kommission für ein Gesetz über digitale Märkte sowie die 10. GWB-Novelle bereits eingearbeitet. Bei der Vorbereitung und Erstellung des Manuskripts zur 1. Auflage haben mich insbesondere Frau ass.iur. Doris Brakhahn, die Herren ass.iur. Florian Fitz und Rechtsanwalt Dr. Martin Fink, Frau Rechtsanwältin Dr. Anja Palatzke sowie Herr Rechtsanwalt Dr. Hannes Dreher unterstützt, bei der Zweitaufgabe Frau Rechtsanwältin Jana Eberle, Frau Richterin Sarah Dautzenberg sowie Herr Rechtsanwalt Dr. Emanuel Teichmann. An der 3. Auflage wirkten Frau Dr. Sarah Legner und Herr ass.iur. Jonathan Hechler, LL.M., mit. Ihnen wie dem gesamten Lehrstuhl-Team gilt mein Dank. Kritik und Anregungen nehme ich gern selbst unter <lehrstuhl-gloeckner@uni-konstanz.de> entgegen.

Konstanz, im Juni 2021

Jochen Glöckner

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXII
Literaturverzeichnis . . . . .	XXVIII
<b>Teil I: Grundlagen . . . . .</b>	<b>1</b>
§ 1 Wettbewerb und Wettbewerbsschutz . . . . .	1
<b>I. Grundbegriffe . . . . .</b>	<b>3</b>
1. Kartellrecht als Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen . . . . .	3
2. Wettbewerbsrecht . . . . .	4
3. Wettbewerb . . . . .	4
4. Horizontale und vertikale Abreden . . . . .	5
5. Angebots- und Nachfragewettbewerb . . . . .	5
<b>II. Entwicklung der an Unternehmen gerichteten Wettbewerbsregeln . . . . .</b>	<b>6</b>
1. Anfänge . . . . .	6
2. Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs und Kartellrecht . . . . .	7
3. Entstehung der deutschen Vorschriften zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen . . . . .	9
a) Bis 1923: Braucht die Gesellschaft ein Kartellrecht? . . . . .	9
b) 1923–1945: Kartellverordnung und Zwangskartellierung . . . . .	9
c) 1945–1958: Alliiertes Dekartellierungsrecht und Entstehen des GWB . . . . .	10
d) 1958–1997: Entwicklung des GWB . . . . .	11
e) 1998–2016: Europäisierung des GWB . . . . .	11
f) 2017–2021: Enforcement und Digitalisierung . . . . .	12
4. Entstehung Europäischer Vorschriften gegen Wettbewerbsbeschränkungen . . . . .	13
<b>III. Überblick über die Strukturen des geltenden europäischen und deutschen Kartellrechts . . . . .</b>	<b>16</b>
1. Strukturen des EU-Kartellrechts . . . . .	16
2. Struktur der an Unternehmen gerichteten Wettbewerbsregeln im GWB . . . . .	18
3. Verhältnis zwischen Europäischem und mitgliedstaatlichem Kartellrecht . . . . .	19



<b>IV. Schutzzwecke des Rechts gegen Wettbewerbsbeschränkungen</b> . . . . .	22
1. Individualrechtlich begründete Schutzzwecke. . . . .	22
2. Allgemeininteresse am Wettbewerb . . . . .	24
a) (Militär-)Strategische oder -politische Ziele . . . . .	24
b) Staatspolitische Ziele . . . . .	25
c) Wirtschaftspolitische Ziele . . . . .	25
(1) Industriepolitische Ziele . . . . .	25
(2) Mittelstandsschutz . . . . .	28
(3) Wettbewerbspolitische Ziele . . . . .	29
<b>V. Ökonomischer Wettbewerbsbegriff und Wettbewerbspolitik im Kartellrecht</b> . . . . .	29
1. Wettbewerbsrecht und Wettbewerbstheorie . . . . .	29
a) Entwicklungen der Wettbewerbstheorie . . . . .	29
b) Theorie des vollkommenen Wettbewerbs . . . . .	30
c) Ordo-Liberalismus und Freiburger Schule. . . . .	30
d) Theorien des funktionsfähigen Wettbewerbs . . . . .	31
e) Theorie des dynamischen Wettbewerbs. . . . .	32
f) Systemtheorie und österreichische Schule . . . . .	32
g) Chicago School. . . . .	33
h) New Industrial Economics. . . . .	33
i) Kartellrecht und „more economic approach“. . . . .	35
2. Wettbewerbspolitik im deutschen und Europäischen Kartellrecht . . . . .	36
a) Deutschland . . . . .	36
b) Europa . . . . .	36
(1) Entwicklung und Durchsetzung der Wettbewerbspolitik. . . . .	36
(2) Leitbild des Europäischen Wettbewerbsrechts. . . . .	37
(a) Angriffe auf das Binnenmarktziel. . . . .	39
(b) Angriffe auf die Funktionsbedingungen des Wettbewerbs. . . . .	40
(i) Verbraucherautonomie . . . . .	40
(ii) Markttransparenz. . . . .	40
(c) Angriffe auf die Marktstruktur – Künstliche Marktzutrittsschranken . . . . .	41
(3) Effizienzorientierung . . . . .	42
(4) Einbeziehung weiterer Gesichtspunkte . . . . .	42
(5) More economic approach in der Europäischen Wettbewerbspolitik . . . . .	43
<b>VI. Preistheoretische Grundlagen</b> . . . . .	47
1. Rationalitätsaxiom . . . . .	47
2. Individuelle Zahlungsbereitschaft als Ausgangspunkt der Modelle. . . . .	48
3. Preistheoretische Schlussfolgerungen . . . . .	48

4.	Perspektive des Monopolisten . . . . .	50
a)	Maximierung der Einkünfte. . . . .	50
b)	Gewinnmaximierung. . . . .	50
c)	Effizienzverluste durch Monopole . . . . .	52
5.	Preisdiskriminierung . . . . .	53
<b>§ 2</b>	<b>Durchsetzung des europäischen und deutschen Kartellrechts . . . . .</b>	<b>55</b>
<b>I.</b>	<b>Begriff der Durchsetzung . . . . .</b>	<b>57</b>
<b>II.</b>	<b>Durchsetzung des Europäischen Kartellrechts . . . . .</b>	<b>58</b>
1.	Verwaltungsrechtliche Durchsetzung . . . . .	58
a)	Durch die Europäische Kommission. . . . .	58
(1)	Grundlagen . . . . .	58
(2)	Grundrechtsbindung der Europäischen Kommission . . . . .	59
(3)	Sanktionen . . . . .	62
(4)	Verfahren. . . . .	67
(a)	Verfahrenseinleitung . . . . .	68
(b)	Ermittlungsbefugnisse. . . . .	68
(c)	Verteidigungsrechte. . . . .	72
b)	Durch die Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten . .	76
(1)	Unmittelbare Anwendbarkeit des EU-Kartellrechts .	76
(2)	Keine unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 2 FKVO . . . . .	76
c)	Koordination der verwaltungsrechtlichen Durchsetzung	76
(1)	Koordinationsbedarf bei parallelen Zuständig- keiten . . . . .	77
(2)	Homogene Rechtsentwicklung . . . . .	77
(3)	Harmonisierte Rechtsanwendung . . . . .	78
2.	Zivilrechtliche Durchsetzung . . . . .	79
a)	In Betracht kommende Anspruchsgrundlagen. . . . .	79
b)	Prozessuale Besonderheiten . . . . .	80
3.	Schwächen der Rechtsdurchsetzung. . . . .	80
<b>III.</b>	<b>Durchsetzung des deutschen Kartellrechts. . . . .</b>	<b>81</b>
1.	Verwaltungsrechtliche Durchsetzung . . . . .	81
a)	Kartellbehörden . . . . .	81
(1)	Bundeskartellamt . . . . .	81
(2)	Landeskartellbehörden . . . . .	81
(3)	Bundeswirtschaftsministerium. . . . .	82
(4)	Monopolkommission . . . . .	82
(5)	Markttransparenzstellen . . . . .	82
b)	Sanktionen . . . . .	82
c)	Verfahren . . . . .	87
(1)	Rechtsgrundlagen . . . . .	87
(2)	Einleitung . . . . .	87
(3)	Ermittlungsbefugnisse . . . . .	88

## Inhaltsverzeichnis

	(4) Verfahrensrechte . . . . .	89
2.	Zivilrechtliche Durchsetzung . . . . .	89
	a) In Betracht kommende Anspruchsgrundlagen – „Schwert- und Schildprozesse“ . . . . .	89
	b) Passivlegitimation – wirtschaftlicher Unternehmens- begriff . . . . .	91
	c) Aktivlegitimation – insbesondere Klagen mittelbar Geschädigter und Verbraucher (offensives passing-on) . .	91
	d) Unterlassungs- und Beseitigungsklage . . . . .	94
	e) Schadensersatz . . . . .	95
	(1) Verschulden . . . . .	95
	(2) Defensives passing on . . . . .	95
	(a) Schadensentstehung . . . . .	95
	(b) Vorteilsausgleichung . . . . .	96
	(3) Schadensberechnung . . . . .	97
	f) Verjährung . . . . .	98
	g) Nichtigkeit kartellrechtswidriger Verträge . . . . .	99
	h) Zugang zu Informationen . . . . .	101
	(1) Bindungswirkung verwaltungsbehördlicher Entscheidungen für sog. follow on-Klagen, § 33b GWB . . . . .	101
	(2) Offenlegung von Beweismitteln, § 33g GWB . . . . .	102
	i) Weitere zivilprozessuale Besonderheiten . . . . .	103
	j) Kollektiver Rechtsschutz . . . . .	104
	(1) Verbandsklage . . . . .	104
	(2) Abtretungsmodell . . . . .	105
	(3) Rechtsentwicklung . . . . .	106
3.	Strafrechtliche Durchsetzung . . . . .	106
	a) Submissionsbetrug, § 263 StGB . . . . .	106
	b) Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschrei- bungen, § 298 StGB . . . . .	109
	c) Strafbarkeitslücke? . . . . .	109
<b>IV.</b>	<b>Verhältnis verwaltungsrechtlicher und privater Durchsetzung . . . . .</b>	<b>110</b>
<b>V.</b>	<b>Rechtsschutz . . . . .</b>	<b>111</b>
	1. Maßnahmen der Europäischen Kommission . . . . .	111
	a) Nichtigkeits- und Untätigkeitsklage . . . . .	111
	b) Vorläufiger Rechtsschutz . . . . .	112
	c) Drittschutz . . . . .	113
	2. Maßnahmen der deutschen Kartellbehörden . . . . .	113
	a) Durchsetzung deutschen Kartellrechts . . . . .	113
	(1) Verwaltungsverfahren . . . . .	113
	(2) Bußgeldverfahren . . . . .	115
	b) Durchsetzung von EU-Kartellrecht . . . . .	115
	3. Paralleler Rechtsschutz durch die Unionsgerichte . . . . .	116

4.	Kontrolldichte der gerichtlichen Überprüfung und wettbewerbspolitisches Mandat der Kartellbehörden . . . . .	117
<b>§ 3</b>	<b>Kartellrecht im internationalen Verhältnis . . . . .</b>	<b>119</b>
<b>I.</b>	<b>Das Internationale Recht der Wettbewerbsbeschränkungen . .</b>	<b>120</b>
1.	Multilaterale Abkommen . . . . .	120
2.	Bilaterale Abkommen . . . . .	121
<b>II.</b>	<b>Kollisionsrechtliche Fragen . . . . .</b>	<b>123</b>
1.	Verwaltungsbehördliche Kartellrechtsdurchsetzung . . . . .	123
a)	Zuständigkeit . . . . .	123
b)	Anwendbares Recht . . . . .	123
(1)	Anknüpfung nach dem Auswirkungsprinzip . . . . .	123
(2)	Auswirkungsprinzip und extraterritoriale Wirkungen . . . . .	124
(3)	Auswirkungsprinzip und Normenhäufung . . . . .	126
(4)	Anwendung des Auswirkungsprinzips in der Europäischen Union . . . . .	128
(a)	Verhältnis zu den Mitgliedstaaten . . . . .	128
(b)	Verhältnis zu Drittstaaten . . . . .	128
(5)	Auswirkungsprinzip in Deutschland . . . . .	129
c)	Kartellverfahrensrecht im internationalen Verhältnis . . . . .	130
(1)	Mitteilungen und Zustellungen . . . . .	130
(2)	Auskunfts- und Vorlageverlangen . . . . .	131
(3)	Vollstreckung . . . . .	131
(4)	Bußgelder . . . . .	132
(5)	Kronzeugenprogramme (leniency policy) . . . . .	133
2.	Privates Kartellrecht . . . . .	134
a)	Internationale Zuständigkeit . . . . .	134
(1)	EuGVVO . . . . .	134
(2)	Autonomes deutsches Internationales Zivilprozessrecht . . . . .	138
b)	Anwendbares Recht . . . . .	139
(1)	Schadensort und Auswirkungsprinzip, Art. 6 Abs. 3 Rom II-VO . . . . .	139
(2)	Auswirkungsprinzip als allseitige Kollisionsnorm, Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-VO . . . . .	139
(3)	Auswirkungsart und Mosaik-Prinzip, Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-VO . . . . .	140
(4)	Allseitige Anwendung auch bei Drittstaaten-sachverhalten, Art. 6 Abs. 3 lit. a Rom II-VO . . . . .	141
(5)	Unmittelbarkeit und Wesentlichkeit der Auswirkungen? . . . . .	141
(6)	Zusätzliche Interessenabwägung bei extraterritorialen Beschränkungen? . . . . .	142
(7)	Stellvertretende Rechtspflege, Art. 6 Abs. 3 lit. b Rom II-VO . . . . .	142

<b>Teil II: Kartellrechtliche Grundtatbestände</b> .....	145
<b>§ 4 Kartellverbot</b> .....	145
<b>I. Begriff des Kartells</b> .....	145
<b>II. Horizontale Vereinbarungen im EU-Kartellrecht</b> .....	146
1. Reichweite des Verbotstatbestandes .....	146
a) Unternehmen als Normadressaten .....	146
b) Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen .....	148
(1) Vereinbarungen .....	148
(2) Aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen .....	149
(a) Parallelverhalten und Abstimmung .....	149
(b) Herstellung der Reaktionsverbundenheit und Selbstständigkeitspostulat .....	151
(c) Abstimmung und Durchführung .....	152
(3) Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen .....	153
(4) Abreden als Sonderdelikt der Beteiligten des wettbewerbsbeschränkten Marktes? .....	153
(5) Abreden und Algorithmen .....	155
c) Wettbewerbsbeschränkung .....	155
d) Bezwecken oder bewirken .....	156
e) Eignung zur Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten .....	157
f) Spürbarkeit .....	160
g) Insbesondere: Einkaufskooperationen .....	162
2. Freistellung .....	163
a) Gruppenfreistellungsverordnung für Spezialisierungs- vereinbarungen („Spezialisierungs-GVO“) .....	164
b) Gruppenfreistellungsverordnung für Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen („F&E-GVO“) .....	165
c) Unmittelbare Anwendung von Artikel 101 Abs. 3 AEUV .....	165
3. Rule of reason in Art. 101 AEUV? .....	166
<b>III. Horizontale Vereinbarungen nach deutschem Kartellrecht</b> ...	169
1. Verbotsnorm, § 1 GWB .....	169
2. Freistellung, § 2 GWB .....	170
a) Legalausnahme .....	170
b) Gruppenfreistellungsverordnungen .....	170
c) Mittelstandskartelle .....	170
d) Pressekooperationen, § 30 Abs. 2b GWB .....	171
<b>§ 5 Wettbewerbsbeschränkungen durch vertikale Vereinbarungen</b> ....	171
<b>I. Vertikale Abreden und Wettbewerbsbeschränkung</b> .....	172
1. Vereinbarungen im Vertikalverhältnis .....	172

2.	Wettbewerbliche Relevanz von Bindungen im Vertikalverhältnis. . . . .	172
a)	Beeinträchtigung des Wettbewerbs im Horizontalverhältnis . . . . .	172
b)	Beschränkung von Intra- oder Interbrand-Wettbewerb? . . . . .	173
<b>II.</b>	<b>Wettbewerbsbeschränkungen durch vertikale Abreden nach dem EU-Kartellrecht . . . . .</b>	<b>176</b>
1.	Vertikale Abreden und Kartellverbot . . . . .	176
2.	Prüfungsmaßstab . . . . .	177
3.	Reichweite des Begriffs der Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen bei Druckausübung innerhalb vertikaler Vertragsbeziehungen . . . . .	178
4.	Wettbewerbsbeschränkung . . . . .	180
a)	Wettbewerbsbeschränkung trotz funktionsfähigen Interbrand-Wettbewerbs? . . . . .	180
b)	Wettbewerbsbeschränkung durch Marktverschließung . . . . .	181
c)	Wettbewerbsbeschränkung und Nebenabreden bei vertikalen Vertragsbeziehungen. . . . .	181
(1)	Qualitativ selektive Vertriebssysteme . . . . .	181
(2)	Franchising . . . . .	183
d)	Wettbewerbsbeschränkung bei Handelsvertreterverträgen . . . . .	185
5.	Freistellung . . . . .	186
a)	Gruppenfreistellungsverordnungen. . . . .	186
(1)	Vertikal-GVO . . . . .	187
(2)	Kfz-GVO . . . . .	192
b)	Unmittelbare Anwendung von Art. 101 Abs. 3 AEUV . . . . .	192
(1)	Schutzwürdiges Ziel. . . . .	193
(2)	Verhältnismäßigkeit . . . . .	194
<b>III.</b>	<b>Vertikale Abreden nach deutschem Kartellrecht . . . . .</b>	<b>195</b>
1.	Frühere Rechtslage . . . . .	195
2.	Geltendes Recht. . . . .	195
<b>§ 6</b>	<b>Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung . . . . .</b>	<b>197</b>
<b>I.</b>	<b>Der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung im EU-Kartellrecht . . . . .</b>	<b>198</b>
1.	Systematische Stellung und Funktion der Missbrauchskontrolle gem. Art. 102 AEUV. . . . .	198
2.	Struktur des Missbrauchsverbotes . . . . .	201
3.	Marktbeherrschung . . . . .	201
a)	Gegenstand der Beherrschung: Marktgegenseite oder Mitbewerber. . . . .	201
b)	Marktabgrenzung: Weshalb? . . . . .	203
c)	Marktabgrenzung: Wie? . . . . .	205
(1)	Traditionelles Vorgehen . . . . .	205

## Inhaltsverzeichnis

	(a) Im Bereich des Produktmarktes . . . . .	206
	(b) Im Bereich des geographischen Marktes . . . . .	209
	(c) Im Bereich des zeitlichen Marktes . . . . .	212
	(2) Moderne Methoden . . . . .	212
d)	Marktbeherrschung und ihre Feststellung . . . . .	213
	(1) Marktstrukturanalyse . . . . .	213
	(a) Monopolstellung . . . . .	214
	(b) Korrektur wegen potenziellen Wettbewerbs . . . . .	215
	(c) Korrektur wegen Nachfragemacht . . . . .	216
	(2) Unternehmensstrukturanalyse . . . . .	216
	(3) Marktverhalten und Marktergebnisse. . . . .	216
e)	Gemeinsam marktbeherrschende Stellung . . . . .	217
4.	Missbrauch . . . . .	220
	a) Generalklausel und Regelbeispiele . . . . .	221
	b) Definition . . . . .	221
	c) Rekurs auf den Leistungswettbewerb? . . . . .	222
	d) Verhältnis zwischen Marktbeherrschung und Missbrauch – besondere Verantwortung des Markt- beherrschers . . . . .	223
	e) Struktur beim Behinderungswettbewerb: wettbewerbs- widrige Marktverschließung und Rechtfertigung. . . . .	223
5.	Fallgruppen . . . . .	224
	a) Preiskampf (predatory pricing). . . . .	224
	b) Boykott . . . . .	228
	c) Liefersperre – Kontrolle abgeleiteter Märkte . . . . .	229
	(1) Abgeleitete Märkte. . . . .	229
	(2) Insbesondere Sekundärmärkte. . . . .	230
	(3) Entwicklung der Europäischen Rechtsprechung. . . . .	231
	(4) Stellungnahme. . . . .	233
	d) Kosten-Preis-Schere (margin squeeze) . . . . .	235
	e) Diskriminierung, Art. 102 Satz 2 lit. c AEUV. . . . .	236
	f) Koppelung, Art. 102 Satz 2 lit. d AEUV . . . . .	238
	g) Liefer-, Bezugsbindung und Rabatte . . . . .	239
	h) Ausbeutungsmisbrauch, Art. 102 Satz 2 lit. a, b AEUV . . . . .	242
	i) Missbrauch von Nachfragemacht . . . . .	244
<b>II.</b>	<b>Einseitige Verhaltensweisen im deutschen Recht . . . . .</b>	<b>246</b>
1.	Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, § 19 GWB. . . . .	248
	a) Missbrauchstatbestand, § 19 Abs. 1 GWB . . . . .	248
	b) Definition der marktbeherrschenden Stellung, § 18 GWB. . . . .	249
	c) Beispielstatbestände, § 19 Abs. 2 GWB . . . . .	250
2.	Verbotenes Verhalten von Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht, § 20 GWB . . . . .	252
	a) Normadressaten . . . . .	252
	b) Unbillige Behinderung und Diskriminierung, § 20 Abs. 1 GWB. . . . .	254

c)	Passive Diskriminierung, § 20 Abs. 2 GWB . . . . .	255
d)	Unbillige Behinderung von Mitbewerbern, § 20 Abs. 3 GWB . . . . .	255
e)	Boycottverbot und weitere Verbote der qualifizierten Mitwirkung an fremden Kartellrechtsverletzungen . . . .	257
3.	Missbräuchliches Verhalten von Unternehmen mit überra- gender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb, § 19a GWB . . . . .	258
a)	Zweck und Struktur der Norm . . . . .	258
b)	Überragende marktübergreifende Bedeutung für den Wettbewerb . . . . .	258
c)	Qualifizierte Verbote . . . . .	258
<b>III.</b>	<b>Ausübung von Macht innerhalb von Verträgen: Struktur- fragen zum Verhältnis der Kontrolle von Abreden und ein- seitigen Verhaltensweisen innerhalb des Kartellrechts und darüber hinaus . . . . .</b>	<b>259</b>
<b>§ 7</b>	<b>Zusammenschlusskontrolle. . . . .</b>	<b>264</b>
<b>I.</b>	<b>Rechtsgrundlagen . . . . .</b>	<b>266</b>
1.	Rechtsgrundlagen im Europäischen Primärrecht. . . . .	266
2.	Fusionskontrollverordnung . . . . .	267
3.	§§ 35–43a GWB . . . . .	269
4.	Alternative Zuständigkeiten und Verfahrenskoordination . . .	269
a)	Verweisung nach Anmeldung. . . . .	270
(1)	Verweisung von der Kommission an die Mitgliedstaaten . . . . .	270
(2)	Verweisung von den Mitgliedstaaten an die Kommission . . . . .	270
b)	Verweisung vor Anmeldung. . . . .	270
(1)	Verweisung von der Kommission an die Mitglied- staaten. . . . .	270
(2)	Verweisung von den Mitgliedstaaten an die Kommission . . . . .	271
<b>II.</b>	<b>Europäische Zusammenschlusskontrolle . . . . .</b>	<b>271</b>
1.	Aufgreifkriterien . . . . .	271
a)	Zusammenschluss . . . . .	271
(1)	Fusion. . . . .	272
(2)	Kontrollerwerb . . . . .	272
(3)	Gemeinschaftsunternehmen (joint ventures) . . . . .	273
b)	Gemeinschaftsweite Bedeutung . . . . .	276
2.	Prüfungsmaßstab . . . . .	277
a)	Früher: Begründung oder Verstärkung einer markt- beherrschenden Stellung . . . . .	277
b)	Heute: Erhebliche Behinderung wirksamen Wettbewerbs. . . . .	277



## Inhaltsverzeichnis

3.	Ausprägungsformen . . . . .	280
a)	Horizontale Zusammenschlüsse . . . . .	280
b)	Vertikale Zusammenschlüsse . . . . .	280
c)	Konglomerate Zusammenschlüsse . . . . .	280
4.	Berücksichtigung von Effizienzvorteilen in der Fusions- kontrolle . . . . .	282
5.	Sanierungsfusionen . . . . .	283
6.	Verfahren. . . . .	284
a)	Meldepflicht. . . . .	284
b)	Prüfungsverfahren . . . . .	284
c)	Vereinfachtes Verfahren . . . . .	286
7.	Vollzugsverbot . . . . .	286
a)	Vollzug. . . . .	286
(1)	Gun jumping. . . . .	287
(2)	Vollzug vor Anmeldung . . . . .	287
(3)	Bloße Vorbereitung . . . . .	288
b)	Rechtsfolgen. . . . .	288
8.	Rechtsschutz . . . . .	288
<b>III.</b>	<b>Zusammenschlusskontrolle im deutschen Kartellrecht . . . . .</b>	<b>290</b>
1.	Anwendungsbereich . . . . .	290
a)	Qua Verweisung . . . . .	290
b)	Autonome Anwendung . . . . .	291
2.	Struktur und Funktionsweise . . . . .	291
3.	Aufgreifkriterien . . . . .	291
a)	Zusammenschluss . . . . .	291
b)	Wirtschaftliche Bedeutung. . . . .	293
4.	Prüfungsmaßstab . . . . .	293
5.	Berücksichtigung von Effizienzvorteilen. . . . .	295
6.	Sanierungsfusion . . . . .	295
7.	Verfahren. . . . .	296
8.	Vollzugsverbot . . . . .	298
a)	Gun jumping . . . . .	299
b)	Vollzug vor Anmeldung. . . . .	300
9.	Rechtsschutz . . . . .	300
<b>Teil III:</b>	<b>Besondere Problemzusammenhänge . . . . .</b>	<b>302</b>
<b>§ 8</b>	<b>Immaterialgüterrechte im System des Kartellrechts . . . . .</b>	<b>302</b>
<b>I.</b>	<b>Wettbewerbliche Problematik von Immaterialgüterrechten. . . . .</b>	<b>303</b>
1.	Begriff des Immaterialgüterrechts . . . . .	303
2.	Ausschließungsrecht und Wettbewerbsschutz . . . . .	303
3.	Territorialität der Immaterialgüterrechte und Wettbewerbs- schutz im Binnenmarkt . . . . .	304
a)	Immaterialgüterrecht und Grundfreiheiten . . . . .	304

(1) Abgrenzung zwischen „Bestand“ und „Ausübung“ des Immaterialgüterrechts . . . . .	304
(2) Begrenzung auf den spezifischen Gegenstand des Schutzrechts . . . . .	304
(3) Erschöpfung des Immaterialgüterrechts . . . . .	304
b) Marktintegration und Wettbewerbsschutz . . . . .	305
<b>II. Immaterialgüterrechte im EU-Kartellrecht. . . . .</b>	<b>305</b>
1. Lizenzverträge als wettbewerbsbeschränkende Vereinbarun- gen, Art. 101 AEUV . . . . .	305
a) Exklusivität und Wettbewerbsbeschränkung . . . . .	306
b) Exklusivität und Freistellung; Gruppenfreistellungs- verordnung für Technologie-Transfer-Vereinbarungen . . . . .	307
2. Ausübung des Immaterialgüterrechts und Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung . . . . .	309
a) Immaterialgüterrecht und marktbeherrschende Stellung	309
b) Legitime Ausübung und Missbrauch: Reichweite der „kartellrechtlichen Zwangslizenz“. . . . .	309
(1) Volvo. . . . .	310
(2) Magill . . . . .	311
(3) IMS Health . . . . .	312
(4) Microsoft. . . . .	314
(5) Leitlinien für die Praxis nach Microsoft. . . . .	316
c) Immaterialgüterrecht und die essential facilities doctrine . . . . .	317
<b>III. Immaterialgüterrechte im deutschen Kartellrecht . . . . .</b>	<b>318</b>
1. Lizenzverträge als wettbewerbsbeschränkende Verein- barungen . . . . .	318
2. Immaterialgüterrecht und Marktbeherrschung . . . . .	318
3. Ausübung des Immaterialgüterrechts und Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung . . . . .	318
<b>IV. Der kartellrechtliche Lizenzierungsanspruch im patent-   rechtlichen Verletzungsverfahren . . . . .</b>	<b>319</b>
<b>V. Standardisierung und Kartellrecht. . . . .</b>	<b>321</b>
1. Standardisierung als wettbewerbsbeschränkende Vereinbarung . . . . .	321
a) Wettbewerbsbeschränkung. . . . .	321
b) Rechtfertigung durch Effizienzgewinne . . . . .	322
2. Standardisierung und Missbrauchsverbot . . . . .	322
a) Denkbare Missbrauchsformen . . . . .	323
b) Sonderfall: „Patent ambush“ . . . . .	323
(1) Einordnung im US-Kartellrecht . . . . .	323
(2) Einordnung im EU-Kartellrecht . . . . .	324

§ 9 Wettbewerbsschutz in Netzwerken . . . . .	325
<b>I. Wettbewerb in Netzwerken . . . . .</b>	<b>325</b>
1. Netzwerk . . . . .	325
2. Natürliche Monopole . . . . .	325
3. Netzwerkeffekte . . . . .	325
<b>II. Plattformmärkte im digitalen Bereich . . . . .</b>	<b>326</b>
1. Typische Gefährdungslagen des Wettbewerbs . . . . .	329
a) Netzwerkeffekte, tipping und „Wettbewerb um den Markt“ . . . . .	329
b) Märkte und Daten . . . . .	329
(1) Big Data . . . . .	329
(2) Langfristige Marktstörungen . . . . .	330
c) „Kill Zone“ . . . . .	331
d) Algorithmische Oligopolisierung und künstliche Intelligenz . . . . .	331
2. Antworten des Kartellrechts . . . . .	331
a) Horizontale Abreden . . . . .	331
(1) Absprachen unter Zuhilfenahme von Algorithmen . . . . .	331
(2) Individuelle Preissetzung unter Zuhilfenahme von Algorithmen . . . . .	332
b) Vertikale Abreden . . . . .	332
c) Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung . . . . .	333
(1) Marktabgrenzung . . . . .	333
(a) Markt trotz fehlendem Zahlungsstrom . . . . .	333
(b) Einheitlicher Markt oder getrennte Märkte? . . . . .	334
(2) Marktbeherrschung . . . . .	334
(3) Missbräuchliches Verhalten . . . . .	336
(a) Konditionenmissbrauch durch Datenverarbeitungskonditionen . . . . .	336
(b) Verweigerung des Zugangs zu Daten, § 19 Abs. 2 Nr. 4 GWB . . . . .	336
d) Missbräuchliches Verhalten von Unternehmen mit relativer Marktmacht, § 20 Abs. 1 Satz 2, Abs. 1a Satz 1 GWB . . . . .	337
(1) Relative Marktmacht in der Plattformökonomie . . . . .	337
(2) Verbotene Verhaltensweisen . . . . .	337
e) Missbräuchliches Verhalten von Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb, § 19a GWB . . . . .	337
(1) Überragende marktübergreifende Bedeutung für den Wettbewerb . . . . .	337
(2) Konstitutive Feststellungsverfügung . . . . .	338
(3) Verbotene Verhaltensweisen . . . . .	339
f) Zusammenschlusskontrolle . . . . .	340
(1) Aufgreifschwelle . . . . .	341
(2) Wettbewerbswidrigkeit von Erwerbsvorgängen . . . . .	342

g)	Gesetz über digitale Märkte – ante portas . . . . .	343
<b>III.</b>	<b>Regulierte Märkte . . . . .</b>	<b>343</b>
1.	Hintergrund: Regulierung und Wettbewerb . . . . .	344
2.	Europäischer Deregulierungsdruck . . . . .	346
a)	Privatisierungen . . . . .	346
b)	Regulierte Märkte keine Ausnahmereiche . . . . .	346
3.	Regulierte Märkte – Deregulierung – Re-Regulierung – Allgemeines Kartellrecht. . . . .	346
4.	Kartellrechtliche Ansatzpunkte . . . . .	347
a)	Staatliche Einwirkung, Art. 106 AEUV . . . . .	347
b)	Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, Art. 102 AEUV . . . . .	348
(1)	Netzzugang . . . . .	348
(2)	Diskriminierungsverbot . . . . .	349
(3)	Kapazitätserweiterungspflicht?. . . . .	349
c)	Kooperative Verhaltensweisen. . . . .	349
5.	Leitungsgebundene Energie . . . . .	350
a)	Strom und Gas als Gegenstand des Dritten Energie- pakets. . . . .	350
b)	Umsetzung im EnWG . . . . .	351
6.	Telekommunikation . . . . .	352
a)	Europarechtliche Vorgaben . . . . .	352
(1)	Kodex für elektronische Kommunikation. . . . .	352
(2)	Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste . . . . .	354
b)	Das Telekommunikationsgesetz (TKG) . . . . .	354
(1)	Verfahren der Marktregulierung . . . . .	354
(2)	Zugangsregulierung . . . . .	355
(3)	Entgeltregulierung . . . . .	355
(4)	Missbrauchsaufsicht . . . . .	356
(5)	Rechtsfolgen . . . . .	356
(6)	TKG und Kartellaufsicht. . . . .	357
7.	Verkehr . . . . .	357
a)	Eisenbahnverkehr . . . . .	357
b)	Luftverkehr. . . . .	360
c)	Seeverkehr . . . . .	361
<b>§ 10</b>	<b>Der Staat als Wirtschaftsakteur im System des Kartellrechts. . . . .</b>	<b>362</b>
<b>I.</b>	<b>Unmittelbare Bindung des Staates durch die Art. 101, 102     AEUV . . . . .</b>	<b>362</b>
1.	Ausschluss hoheitlicher Tätigkeit. . . . .	363
2.	Daseinsvorsorge und Leistungsverwaltung als wirtschaftliche Tätigkeit . . . . .	363
3.	„Gemischte“ Tätigkeit. . . . .	364
4.	Fiskalgeschäfte und Kartellrecht . . . . .	365

<b>II. Öffentliche und monopolartige Unternehmen nach Art. 106 AEUV</b>	366
1. Artikel 106 AEUV im System der kartellrechtlichen Regelungen	366
2. Bindung der Mitgliedstaaten an das Unionsrecht nach Art. 106 Abs. 1 AEUV	367
a) Maßnahmen der Mitgliedstaaten	367
b) Öffentliche und privilegierte Unternehmen	368
(1) Öffentliche Unternehmen	368
(2) Privilegierte Unternehmen	369
(a) Ausschließliche Rechte	369
(b) Besondere Rechte	369
(3) Entstehung einer besonderen Rechtsbeziehung	369
c) Widerspruch zu den Regelungen des AEU-Vertrages	370
3. Bereichsausnahme, Art. 106 Abs. 2 AEUV	370
a) Dienstleistungsunternehmen	371
b) Schutzwürdiges Ziel: Erfüllung eines allgemeinen wirtschaftlichen Interesses	371
c) Verhältnismäßigkeit	371
(1) Erforderlichkeit	372
(2) Berücksichtigung der Unionsinteressen	373
<b>Teil IV: Kartellvergaberecht</b>	374
<b>I. Vergabe öffentlicher Aufträge im WTO-Regime</b>	375
<b>II. Öffentliches Beschaffungswesen in der EU</b>	376
1. Regelungsregime im Überblick	376
a) Sekundärrecht	376
b) Transparenzfördernde Maßnahmen	378
c) Grundfreiheiten	378
2. Vergaberichtlinie	379
3. Sektorenrichtlinie	380
4. Konzessionsrichtlinie	381
5. Rechtsmittelrichtlinie	381
6. Sektoren-Rechtsmittelrichtlinie	382
7. EU-Vergaberecht und Kriterien jenseits des „niedrigsten Preises“	382
8. Rechtsschutz	384
<b>III. Öffentliche Vergabe im deutschen Recht</b>	384
1. Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen/Teil A (VOB/A)	384
2. Andere Vergabeordnungen	385
3. Auswirkungen der europarechtlichen Vorgaben im deutschen Vergaberecht	385
a) Ende der haushaltsrechtlichen Lösung	385

b)	Stattdessen: Kartellrechtliche Lösung . . . . .	385
4.	Überblick über die geltenden Regelungen . . . . .	387
a)	Oberhalb der Schwellenwerte. . . . .	387
(1)	Materielle Vorgaben an die Vergabeentscheidung . . . . .	387
(a)	Grundsätze . . . . .	387
(b)	Berücksichtigung des Mittelstandes, § 97 Abs. 4 GWB . . . . .	387
(c)	„Vergabefremde“ Kriterien, § 97 Abs. 3 GWB . . . . .	387
(2)	Grundprinzipien des Vergabeverfahrens . . . . .	387
(a)	Formale Gleichbehandlung . . . . .	387
(b)	Eignung und Präqualifikationssysteme, § 122 GWB . . . . .	387
(c)	Standardverfahren, § 119 Abs. 2 GWB . . . . .	388
(3)	Rechtsschutz im Nachprüfungsverfahren . . . . .	388
b)	Unterhalb der Schwellenwerte . . . . .	390
(1)	Europarechtliche Vorgaben . . . . .	390
(2)	Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	391
(3)	Unterschwellenvergabeordnung. . . . .	392
(4)	„Nachprüfung light“ . . . . .	392
(5)	Sekundäre Rechtsbehelfe . . . . .	393
5.	Öffentliche Aufträge und Strafrecht. . . . .	394
<b>IV.</b>	<b>Vergaberecht in der Wirtschaftskrise . . . . .</b>	<b>394</b>
<b>Teil V:</b>	<b>Anhang: Prüfungsschemata – Definitionen . . . . .</b>	<b>396</b>
<b>A.</b>	<b>Prüfungsschemata. . . . .</b>	<b>396</b>
<b>I.</b>	<b>Unterlassungsanspruch gemäß § 33 Abs. 1 GWB . . . . .</b>	<b>396</b>
<b>II.</b>	<b>Beseitigungsanspruch gemäß § 33 Abs. 1 GWB (wie Verletzungsunterlassungsanspruch bis einschließlich 2.) . . . . .</b>	<b>396</b>
<b>III.</b>	<b>Schadensersatzanspruch gemäß § 33a Abs. 1 GWB (lex specialis gegenüber § 823 Abs. 2 BGB und § 823 Abs. 1 – Recht am ingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb). . . . .</b>	<b>397</b>
<b>IV.</b>	<b>Verstoß gegen Art. 101 AEUV bzw. §§ 1, 2 GWB. . . . .</b>	<b>397</b>
<b>V.</b>	<b>Verstoß gegen Art. 102 AEUV bzw. § 19 GWB . . . . .</b>	<b>399</b>
<b>B.</b>	<b>Definitionen . . . . .</b>	<b>401</b>
	<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>413</b>

# Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. F.	alte Fassung
Abb.	Abbildung
ABGB	österreichisches Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
ACER	<i>Agency for the Cooperation of Energy Regulators</i>
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AEUV, AEU-Vertrag	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht (Zeitschrift)
AG	Aktiengesellschaft; alt. Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingung
AktG	Aktiengesetz
AnreizregulierungsV	Anreizregulierungsverordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
Aufl.	Auflage
BayObLG	Bayrisches Oberstes Landesgericht
BB	Der Betriebsberater (Zeitschrift)
BBl.	Bundesblatt. Sammlung von Erlassen und amtlichen Dokumenten der Bundesverwaltung der Schweiz
BEUC	<i>Bureau Européen des Unions de Consommateurs</i>
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizer Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des BGH in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
BIICL	<i>British Institute of International and Comparative Law</i>
BKartA	Bundeskartellamt
BNetzA	Bundesnetzagentur
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Bsp.	Beispiel
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BuchpreisbindungsG	Buchpreisbindungsgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CAT	<i>Competition Appeal Tribunal</i>
CEE	<i>Communauté économique européenne</i> , Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
Chi. L.R.	<i>The University of Chicago Law Review</i>
CLP	<i>Competition Law and Policy</i> (Abteilung der OECD)

d. Verf.	der Verfasser
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DÖV	Die Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft (Zeitschrift)
DVA	Deutscher Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen
DVAL	Deutscher Vergabe- und Vertragsausschuss für Lieferungen und Dienstleistungen
E. C. L. R.	<i>European Competition Law Review</i> (Zeitschrift)
EAGCP	<i>Economic Advisory Group for Competition Policy</i>
EC	<i>European Community</i> ; alt. <i>EC Treaty</i> in der Fassung des Amsterdamer Vertrags
ECN	<i>European Competition Network</i>
ECU	<i>European Currency Unit</i> , Europäische Währungseinheit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEC	<i>European Economic Community</i> , Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EFTA	<i>European Free Trade Association</i> , Europäische Freihandelsassoziation
EFTA-GH	EFTA-Gerichtshof
EG	Europäische Gemeinschaft; alt. Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der Fassung des Amsterdamer Vertrags
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGr.	Erwägungsgrund
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der Fassung des Maastrichter Vertrages
EIBV	Eisenbahninfrastrukturverordnung
ELR	<i>European Law Reporter</i> (Zeitschrift)
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ENTSO	<i>European Network of Transmission System Operators</i>
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EU	Europäische Union; alt. Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Amsterdamer Vertrages
EuG	Gericht erster Instanz beim EuGH
EuGH	Europäischer Gerichtshof; nunmehr: Gerichtshof beim Gerichtshof der Europäischen Union
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVVO	Verordnung des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuLF	<i>European Legal Forum</i> (Zeitschrift)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV, EU-Vertrag	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Lissabonner Vertrages
EUV a. F.	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Maastrichter Vertrages
EWCA	<i>England and Wales Court of Appeal</i> (Vereinigtes Königreich)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV, EWG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWHC	Sammlung der Entscheidungen des <i>High Court of England and Wales</i>
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)



## Abkürzungsverzeichnis

F&E	Forschung und Entwicklung
f., ff.	folgend, folgende
FKVO	Fusionskontrollverordnung
Fn.	Fußnote
Fordham Int'l L.J.	<i>Fordham International Law Journal</i> (Zeitschrift)
FRAND	<i>fair, reasonable and non-discriminatory</i>
FS	Festschrift
FTAIA	<i>Foreign Trade Antitrust Improvements Act</i> (USA)
FTC	<i>Federal Trade Commission</i> (USA)
GA	Generalanwalt
GasNEV	Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Gasversorgungsnetzen
GasNZV	Verordnung über den Zugang zu Gasversorgungsnetzen
GATT	<i>General Agreement on Tariffs and Trade</i>
GD	Generaldirektion
GebrMusterG	Gebrauchsmustergesetz
GEREK	Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation
GEU	Gericht beim Gerichtshof der Europäischen Union
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GPA	<i>Government Procurement Agreement</i>
GrundversorgungsVen Strom/Gas	Grundversorgungsverordnungen Strom/Gas
GRCh	Grundrechtecharta
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil (Zeitschrift)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GU	Gemeinschaftsunternehmen
GV NRW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVL	Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten
GVO	Gruppenfreistellungsverordnung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
h. M.	herrschende Meinung
Halbs.	Halbsatz
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder
Hrsg.	Herausgeber
ICN	<i>International Competition Network</i>
Ill. L.R.	<i>University of Illinois Law Review</i>
insb.	insbesondere
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Schweiz)
ISO	<i>Independent System Operator</i>
IT	Informationstechnik
ITO	<i>Independent Transmission Operator</i>
IWF	Internationaler Währungsfonds
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
J. Cons. Res.	<i>Journal of Consumer Research</i> (Zeitschrift)
J. Pol. Econ.	<i>Journal of Political Economy</i> (Zeitschrift)

JEDEC	<i>Joint Electron Device Engineering Council</i>
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JZ	Juristen Zeitung (Zeitschrift)
K&R	Kommunikation und Recht (Zeitschrift)
Kfz-GVO	Gruppenfreistellungsverordnung über vertikale Vereinbarungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen im Kraftfahrzeugsektor
KG	Kammergericht Berlin; alt. Kartellgesetz (Schweiz)
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
Komm.	Kommission
Kraftwerksnetz- anschlussV	Kraftwerksnetzanschlussverordnung
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe
LS	Leitsatz
LugÜ	Luganer Übereinkommen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MMR	Multimedia und Recht (Zeitschrift)
MR-Int	Medien und Recht International (Zeitschrift)
n. F.	neue Fassung
Niederdruck- anschlussV	Niederdruckanschlussverordnung
Niederspannungs- anschlussV	Niederspannungsanschlussverordnung
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVG	Nahversorgungsgesetz (Österreich)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht (Zeitschrift)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OFT	<i>Office of Fair Trading</i> (Vereinigtes Königreich)
OLG	Oberlandesgericht
ÖPP-Beschleuni- gungsgG	Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlich Privaten Partnerschaften und zur Verbesserung gesetzlicher Rahmenbedingungen von Öffentlich Privaten Partnerschaften
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PatG	Patentgesetz
QJE	<i>Quarterly Journal of Economics</i> (Zeitschrift)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (Zeitschrift)
RAND	<i>reasonable and non-discriminatory</i>
RdE	Recht der Energiewirtschaft (Zeitschrift)
RegE	Regierungsentwurf
ReKo	Rekurskommission (Schweiz)
REM	rational egoistischer Mensch
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)

## Abkürzungsverzeichnis

RMC	<i>Revue du Marché Commun et de l'Union Européenne</i> (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer
Rom II-VO	Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
RPW/DPC	Recht und Politik des Wettbewerbs/ <i>Droit et Politique de la Concurrence</i>
Rs.	Rechtssache
RStV	Rundfunkstaatsvertrag
RVA	Reichsverdingungsausschuss
S. Ct.	<i>Supreme Court</i> (USA)
SA	<i>société anonyme</i> , Aktiengesellschaft
SDR	<i>special drawing right</i> , Sonderziehungsrecht
sec.	<i>section</i>
SIMAP	Informationssystem für die Europäische öffentliche Auftragsvergabe
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StromNEV	Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen
StromNZV	Verordnung über den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen
SZR	Sonderziehungsrecht
TED	<i>Tenders Electronic Daily</i>
TFEU	<i>Treaty on the Functioning of the European Union</i> , AEUV
TKG	Telekommunikationsgesetz
TT-GVO	Gruppenfreistellungsverordnung für Technologietransfer-Vereinbarungen
U.S.	<i>United States of America</i> ; alt. amtliche Sammlung der Entscheidungen des <i>U. S. Supreme Court</i>
U. S. C.	<i>Code of Laws of the United States of America</i> (USA)
UAbs.	Unterabsatz
UK	<i>United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland</i> (Vereinigtes Königreich)
UNCTAD	<i>United Nations Conference on Trade and Development</i>
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
US	<i>United States</i>
USA	<i>United States of America</i>
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom; alt. <i>versus</i>
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
VerfO-EuG	Verfahrensordnung des EuG
VerfO-EuGH	Verfahrensordnung des EuGH
VergabeR	Vergaberecht
Vertikal-GVO	Gruppenfreistellungsverordnung über vertikale Vereinbarungen und abgestimmte Verhaltensweisen
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
VO	Verordnung
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOB/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen/Teil A
VOF	Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen
VOL	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen/Teil A
WM	Wertpapier-Mitteilungen. Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht (Zeitschrift)
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
XXVI	

## Abkürzungsverzeichnis

WTO	<i>World Trade Organization</i>
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
WuW/E	WuW Entscheidungssammlung zum Kartellrecht
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins (Zeitschrift)
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht (Zeitschrift)
ZGE	Zeitschrift für geistiges Eigentum (Zeitschrift)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
ZKF	Zeitschrift für Kommunal финанzen (Zeitschrift)
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht (Zeitschrift)
ZPO	Zivilprozessordnung
zul.	zuletzt
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht (Zeitschrift)

# Literaturverzeichnis

- van Bael, I./Bellis, J.-F.*, Competition Law of the European Union, 6. Aufl., Austin/Boston/Chicago/New York, 2021
- Bechtold, R./Bosch, W.*, Kartellgesetz – GWB Kommentar, 9. Aufl., München, 2018
- Beckscher TKG-Komm/Bearb.*, Beck'scher TKG-Kommentar. Telekommunikationsgesetz, Gerpert, M./Schütz, R. (Hrsg.), 4. Aufl., München, 2013
- Bellamy & Child*, Bellamy & Child, Rose, V./Bailey, D., European Union law of competition, 8. Aufl., Oxford, 2018
- Bester, H.*, Theorie der Industrieökonomik, 7. Aufl., Berlin/Heidelberg, 2017
- Blersch, G.*, Deregulierung und Wettbewerbsstrategie. Eine empirische Analyse, Berlin/Münster, 2007
- Böhm, F.*, Wettbewerb und Monopolkampf. Eine Untersuchung zur Frage des wirtschaftlichen Kampfrechts und zur Frage der rechtlichen Struktur der geltenden Wirtschaftsordnung, Berlin, 1933
- Bühler, S./Jaeger, F.*, Einführung in die Industrieökonomik, Berlin/Heidelberg/New York, 2002
- Bunte, H.-J./Stancke, F.*, Kartellrecht mit Vergaberecht und Beihilfenrecht, 3. Aufl., München, 2016
- Calliess, C./Ruffert, M. (Hrsg.)*, EUV/AEUV – Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtecharta, 5. Aufl., München, 2016
- Cox, H./Jens, U./Markert, K. (Hrsg.)*, Handbuch des Wettbewerbs. Wettbewerbstheorie, Wettbewerbspolitik, Wettbewerbsrecht, München, 1981
- Dreher, M./Kulka, M.*, Wettbewerbs- und Kartellrecht, 11. Aufl., Heidelberg, 2021
- Eißler, R.*, Economic Evidence. Beweise und Beweislast in der Europäischen Fusionskontrolle, Köln, 2010
- Emmerich, V./Lange, K. W.*, Kartellrecht, 15. Aufl., München, 2021
- Emmerich, V./Sosnitzer, O.*, Fälle zum Wettbewerbs- und Kartellrecht, 6. Aufl., München, 2011
- Faull, J./Nikpay, A.*, The EU law of competition, 3. Aufl., Oxford, 2014
- Fezer/Bearb.*, Fezer, K.-H./Büscher, W./Obergefell, E. (Hrsg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), 3. Aufl., München, 2016
- Fezer, K.-H.*, Markenrecht, 4. Aufl., München, 2009
- Frenz, W.*, Handbuch Europarecht, Band 2: Europäisches Kartellrecht, 2. Aufl., Heidelberg, 2015
- FK/Bearb.*, Frankfurter Kommentar zum Kartellrecht, Band II EU-Wettbewerbsrecht, Teil 1, Jaeger, W./Pohlmann, P./Rieger, H./Schroeder, D. (Hrsg.), 98. EL, Köln, 2021
- Geiger, R./Khan, D.-E./Kotzur, M.*, EUV/AEUV, 6. Aufl., München, 2017
- GK/Bearb.*, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und Europäisches Kartellrecht, Gemeinschaftskommentar, Müller-Henneberg, H. (Hrsg.), 5. Aufl., Köln, 1999
- Glöckner, J.*, Europäisches Lauterkeitsrecht, München, 2006
- Grabitz/Hilf/Nettesheim*, Das Recht der Europäischen Union, 71. EL, München, 2020
- v. der Groeben, H./Schwarze, J. (Hrsg.)*, Kommentar zum Vertrag über die Europäische Union und zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, 7. Aufl., Baden-Baden, 2015
- Handelsblatt*, Wirtschaftslexikon, Stuttgart, 2006
- Harte/Henning/Bearb.*, Harte-Bavendamm, H./Henning-Bodewig F. (Hrsg.), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit Preisangabenverordnung. Kommentar. 4. Aufl., München, 2016
- Herdzina, K.*, Wettbewerbspolitik, 5. Aufl., Stuttgart, 1999

- Holoubek, M./Potacs, M.*, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Band 2, 4. Aufl., Wien, 2019
- Hoppmann, E./Mestmäcker, E.-J.*, Normenzwecke und Systemfunktionen im Recht der Wettbewerbsbeschränkungen, Tübingen, 1974
- Immenga/Mestmäcker/Bearb.*, Immenga, U./Mestmäcker, E.-J., Wettbewerbsrecht. In der 6. Aufl. herausgegeben von Körber, T./Schweitzer, H./Zimmer, D., Band 1. Europäisches Kartellrecht (zit. EU), 6. Aufl., 2019; Band 2. GWB (zit. GWB), 6. Aufl., 2020; Band 3. Deutsche und Europäische Fusionskontrolle (zit. FusK), 6. Aufl., 2020
- Isay, R.*, Kartellverordnung, 2. Aufl., Mannheim, 1930
- Kilian/Heussen/Bearb.*, Kilian/Heussen, Computerrechts-Handbuch, Taeger, J./Pohle, J. (Hrsg.) 34. Ergänzungslieferung, Mai 2018
- Kleinwächter, F.*, Die Kartelle. Ein Beitrag zur Frage der Organisation der Volkswirtschaft, Innsbruck, 1883
- Kling, M./Thomas, S.*, Kartellrecht, 2. Aufl., München, 2016
- Klose, T.*, Das Verhältnis des deutschen zum europäischen Kartellrecht in der Verfügungspraxis des Bundeskartellamtes, Berlin, 1998
- Knieps, G.*, Wettbewerbsökonomie, 3. Aufl., Heidelberg, 2008
- Köhler, H./Bornkamm, J./Feddersen, J.*, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Preisangabenverordnung. Unterlassungsklagengesetz, 39. Aufl., München, 2021
- Koppensteiner, H.-G.*, Österreichisches und Europäisches Wettbewerbsrecht. Wettbewerbsbeschränkungen; unlauterer Wettbewerb; Marken, 3. Aufl., Wien, 1997
- Korah, V.*, An introductory guide to EC competition law and practice, 9. Aufl., Oxford, 2007
- Kropholler, J.*, Internationales Privatrecht, 6. Aufl., Tübingen, 2006
- Kropholler J./v. Heim, J.*, Europäisches Zivilprozessrecht, 9. Aufl., Frankfurt a. M., 2011
- Lange, K. W./Klippel, D./Ohly, A.*, Geistiges Eigentum und Wettbewerb, Tübingen, 2009
- Lange, K. W./Pries, T.*, Einführung in das europäische und deutsche Kartellrecht, 2. Aufl., 2011
- Langen/Bunte/Bearb.*, Bunte, H.-J. (Hrsg.), Kommentar. Band 1 Deutsches Kartellrecht; Band 2 Europäisches Kartellrecht, 13. Aufl., Köln 2018
- Lettl, T.*, Kartellrecht, 5. Aufl., München, 2021
- Loewenheim/Meessen/Riesenkampff u. a./Bearb.*, Loewenheim, U./Meessen K. M./Riesenkampff, A./Kersting, C./Meyer-Lindemann, H. J. (Hrsg.), Kartellrecht, 4. Aufl., München, 2020
- Mestmäcker, E.-J./Schweitzer, H.*, Europäisches Wettbewerbsrecht, 3. Aufl., München, 2014
- Motta, M.*, Competition Policy. Theory and Practice, Cambridge, 2008
- MüKo-KarR/Bearb.*, Münchener Kommentar zum Europäischen und Deutschen Wettbewerbsrecht (Kartellrecht), Montag, F./Säcker, F. J. (Hrsg.), Band 1 – Europäisches Wettbewerbsrecht, 3. Aufl., München, 2020 (zit. Bd. 1); Band 2 – Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), 3. Aufl., München, 2020 (zit. Bd. 2)
- Neef, A.*, Kartellrecht, Heidelberg, 2008
- Posner, R.*, Antitrust Law, 2. Aufl., Chicago, 2001
- Quante, P.*, Kartellrechtliche Ausnahmeregelungen in Deutschland und den USA, Münster, 2004
- Juris-PK-BGB/Bearb.*, Juris Praxiskommentar BGB, Herberger, M./Martinek, M./Rüßmann, H./Weth, S. (Hrsg.), Band 6 – Internationales Privatrecht, 7. Aufl., Saarbrücken, 2014
- Reimer, D.*, Das Recht des unlauteren Wettbewerbs in den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Band III. Deutschland, Eugen Ulmer (Hrsg.), München/Köln, 1968
- Säcker, F. J./Wolf, M.*, Kartellrecht in Fällen, München, 2010
- Schack, H.*, Internationales Zivilverfahrensrecht, 8. Aufl., München, 2021
- Schäfer H.-B./Ott C.*, Lehrbuch der ökonomischen Analyse des Zivilrechts, 6. Aufl., Berlin/Heidelberg, 2020
- Schmidt, A./Schmidt, I.*, Europäische Wettbewerbspolitik und Beihilfenkontrolle, 2. Aufl., München, 2006
- Schmidt, I./Haucap, J.*, Wettbewerbspolitik und Kartellrecht, 10. Aufl., Stuttgart, 2013
- Schmidt, K.*, Kartellverfahrensrecht – Kartellverwaltungsrecht – Bürgerliches Recht, Köln/Berlin/Bonn/München, 1977